



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

China

Juli 2004 – Juli 2005

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Zentrale Entwicklungen
 - 2.1. Politische Führung
 - 2.2. Innenpolitik
 - 2.2.1. Sozial- und Frauenpolitik
 - 2.2.2. Demokratisierung und Zivilgesellschaft
 - 2.2.3. Umweltpolitik und Stadtplanung
 - 2.3. Recht und Verwaltung
 - 2.3.1. Justiz- und Verwaltungsreform
 - 2.3.2. Gesetzgebung
 - 2.4. Wirtschaft
 - 2.4.1. Allgemeine Lage
 - 2.4.2. WTO und Welthandel
 - 2.4.2. Globalisierung und Lateinamerikastrategie
 - 2.5. Außen- und Sicherheitspolitik
 - 2.5.1. Taiwan
 - 2.5.2. Japan
 - 2.5.3. Nordkorea
 - 2.5.4. USA
 - 2.5.5. EU und Deutschland
 - 2.5.6. VN-Reform
 - 2.5.7. Fazit
3. Ausblick

1. Zusammenfassung

Die *politische* Führung um Hu Jintao und Wen Jiabao hat zwar ihre Macht weiter konsolidieren, ihre Politik bislang jedoch der zunehmenden sozioökonomischen Diversifizierung nicht genügend anpassen können. Dieser Mangel an Kompetenz verschärft die Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei. Die vergangenen Monate haben ein Anwachsen autoritärer Kontrolle und ein schärferes Vorgehen gegen kritische Stimmen in der Presse und unter den Intellektuellen gesehen. Die *Sozialpolitik* macht einen neuen Schwerpunkt der gegenwärtigen Entwicklung aus und wurde 2005 unter dem Stichwort „**Harmonische Gesellschaft**“ eingeleitet. Hintergrund ist die verstärkt artikulierte Unzufriedenheit über Ungerechtigkeiten innerhalb der chinesischen Gesellschaft. Die chinesische Gesellschaft wird schrittweise freier und offener und der Staat zieht sich aus der Privatsphäre zurück. Raum für eine größere Beteiligung der Bevölkerung an der Politikgestaltung entsteht aufgrund der aus finanziellen Gründen angestrebten Verschlankung des Staates. Auch lässt die zunehmende Komplexität sozialer Probleme und Interessen eine verstärkte Beteiligung der Bevölkerung an der Politikgestaltung sinnvoll erscheinen. Weitergehende Bemühungen scheitern jedoch letztlich am Alleinherrschaftsanspruch der KP.

Die Demokratisierungsbewegung in *Hongkong* hat sich als erstaunlich stark erwiesen und 2004 ein sog. Antisubversionsgesetz zu Fall gebracht. Im Juni 2005 wurde ein neuer Regierungschef von Hongkong vereidigt.

Die *ökologische Situation* ist nach wie vor besorgniserregend und hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Durch zunehmendes Problembewusstsein und den Druck der Bevölkerung kommt es punktuell trotzdem auch zur Behebung von Missständen. Ebenso bemüht man sich um eine umfassende Umweltpolitik und - Gesetzgebung. Zu wichtigen Neuerungen in diesem Bereich zählen das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) und die Einführung des sog. Green GDP (Gross Domestic Product - Bruttoinlandsprodukt).

Die Entwicklung *rechtsstaatlicher Strukturen* ist von entscheidender Bedeutung für die gegenwärtige Reformphase, auch wenn das angestrebte Ziel keineswegs ein Rechtsstaat nach westlichem Muster ist. Ein wichtiger Bestandteil ist die andauernde Justiz- und Verwaltungsreform, die Regierungskompetenzen neu bestimmen und verteilen und eine größere Unabhängigkeit der landesweiten Justizorgane gewährleisten soll.

Die chinesische *Wirtschaft* entwickelt sich nach wie vor ungebremst und gewinnt zunehmend Anteile auf dem Weltmarkt. Bereits jetzt ist China zu einem Symbol der Globalisierung geworden. Die Lateinamerikareisen von Hu Jintao und Zeng Qinghong zeigten das bedachte und langfristige Vorgehen Pekings.

Die *Außenpolitik* der VR China erschien im Berichtszeitraum nicht sehr erfolgreich. Zunächst richtete sich Anfang 2005 die Aufmerksamkeit der Staatengemeinschaft in wenig vorteilhafter Weise auf das Taiwanproblem. Dann kam es in mehreren Großstädten zu antijapanischen Protesten, die Besorgnis über die allzu leichte Mobilisierbarkeit der chinesischen Massen auslöste. Auch im Nordkorea-Konflikt erwies sich China als wenig hilfreich. Insgesamt haben die Ereignisse zu einem gewissen Vertrauensverlust im Ausland geführt.

2. Zentrale Entwicklungen

2.1. Politische Führung

Die Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao hat ihre Macht konsolidieren können. Dies zeigte nicht zuletzt Hus Ernennung zum Oberbefehlshaber der Armee im März 2005. Seinen Führungsanspruch vermag das Regime in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem durch die Gewährleistung relativer Stabilität und Prosperität zu rechtfertigen. Diese Kompetenz erscheint mittlerweile jedoch zunehmend zweifelhaft, und von verschiedenen Seiten wächst der Druck zu mehr politischer Öffnung und zur Aufgabe von Machtbefugnissen. Verschiedene Bevölkerungs- und Interes-

sengruppen artikulieren mit zunehmender Vehemenz ihre wachsende Unzufriedenheit. Während die sozial Benachteiligten ihre Lage offenbar für so misslich empfinden, dass sie sich trotz massiver Repressionen immer öfter für offene Proteste entscheiden, fordern die urbanen Eliten neben ihrer wirtschaftlichen Macht auch politische Mitsprache. Darüber hinaus hat auch das Stadium der gegenwärtigen Transformation eine neue Qualität erreicht. So ist beispielsweise nicht mehr nur Wachstum an sich gefragt, sondern sozial gerechtes und ökologisch ausgewogenes Wachstum. Genauso wenig entspricht Stabilität durch Repression und Propaganda einer reifen und offenen Gesellschaft, sondern vielmehr ist eine größere Berücksichtigung verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Austausch und Teilhabe gefragt. Insgesamt kann man sagen, dass die Regierung bisher nicht in der Lage war, ihre Politik der anhaltenden sozioökonomischen Diversifizierung anzupassen. Einen Versuch dazu stellt die gegenwärtige Verwaltungsreform dar (2.3.1.).

Der beschriebene Kompetenzverlust bei der Bewältigung der Gegenwartsaufgaben verschärft jedenfalls auch die durch einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust ausgelöste Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei. Anstatt dieser Krise jedoch auf dem Wege größerer Offenheit zu begegnen und dadurch das Verhältnis zwischen Partei und Gesellschaft neu zu ordnen, bemüht sich die politische Führung um eine Stärkung der Partei und ihrer Ideologie. Auf der 4. Plenarsitzung des 16. Zentralkomitees im September 2004 wurden Maßnahmen zur „**Stärkung der Regierungskompetenz**“ beschlossen¹. Dazu gehört, dass die öffentliche Meinung nach wie vor mit Hilfe der Partei gelenkt werden soll. Folgerichtig erfuhren auch von der offiziellen Rhetorik abweichende Meinungsäußerungen in den Medien und unter Intellektuellen seit Ende 2004 verstärkt Repressionen. Das im November 2004 veröffentlichte Dokument Nr.29 wendet sich explizit gegen einige chinesische Intellektuelle und markiert den Beginn einer anhaltend repressiven Periode². Gleichzeitig werden groß angelegte „Schulungsmaßnahmen“ für Parteimitglieder durchgeführt. Eine gewisse Koinzidenz mit den zeitgleichen Vorgängen in der Ukraine ist dabei keineswegs von der Hand zu weisen.

2.2. Innenpolitik

2.2.1 Sozial- und Frauenpolitik

Soziale Disparitäten können neben der grassierenden Korruption als wesentliche Ursache für den Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Führung identifiziert werden. Elitäre Seilschaften aus Wirtschaft und Politik bestimmen insbesondere auf lokaler Ebene das politische Geschehen, während der Unterschied zwischen Arm und Reich weiter wächst. Offiziellen Zahlen zufolge waren 2004 etwa 40% der gesamten Vermögensmasse in der Hand von 1% der Bevölkerung³. Neben der Verteilungsgerechtigkeit, stellen vor allem die Bereiche Beschäftigung und soziale Sicherung Herausforderungen für die Zukunft dar. Bereits heute liegt die tatsächliche Arbeitslosenquote weit im zweistelligen Bereich und die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird auch in China zu einem ernsthaften Problem. Vor diesem Hintergrund kam es im Rahmen der jährlichen NVK - Sitzung 2005 zur Einführung einer neuen Politik der „Harmonischen Gesellschaft“. Sie zielt darauf ab, soziale Missstände und Konflikte zu verringern. Geplante Maßnahmen umfassen den Aus- bzw. Aufbau sozialer Sicherungssysteme, den Abbau von Einkommensdisparitäten und der Arbeitslosigkeit, eine Stärkung der Rechte der Landbevölkerung einschließlich derer, die in den Städten arbeitet (WanderarbeiterInnen), sowie eine Reform des Gesundheits- und Bildungswesens⁴.

Einige Verbesserungen im sozialen Bereich sind bereits zu erkennen. Den Problemen von WanderarbeiterInnen und ausstehenden Lohnzahlungen wird seit 2004 systematisch zu begegnen versucht. Eine große sozialpolitische Errungenschaft der letzten Jahre stellen außerdem die Steuersenkungen für die ländliche Bevölkerung mit dem Ziel einer gänzlichen Freistellung bis 2006 dar. Während sich der Wohlstand Chinas auf die Städte konzentriert, hat ein Großteil der Landbevölkerung nicht nur deutlich weniger Anteil am Wirtschaftswachstum, sondern auch un-

ter willkürlichen Abgabenerhebungen durch Lokalregierungen zu leiden. Die geplanten Steuerfreistellungen sind neben begleitenden Maßnahmen zur Eindämmung lokalstaatlicher Willkür eine weitere Erleichterung für diese sozial Benachteiligten, auch wenn die Finanzierung der Gemeinde- und Provinzhaushalte dadurch zu einer zusätzlichen Herausforderung für die Zukunft wird.

Trotz der neuen Politik haben die Proteste sozial Benachteiligter auch 2004/2005 landesweit zugenommen. Anlass waren vor allem Enteignungen von Ackerland durch Lokalregierungen und Spekulanten⁵. Man kann davon ausgehen, dass Probleme von Landeigentums- und Nutzungsrechten weiterhin für Konfliktstoff sorgen werden. Auch fehlt es ArbeitnehmerInnen nach wie vor an rechtlichen und tatsächlichen Mitteln zur Verbesserung ihrer Situation. Die genannten Defizite, die zu großen Teilen als systemisch bezeichnet werden können, werden allerdings neuerdings von der Presse aufgegriffen⁶. Dies gibt berechtigten Anlass zur Hoffnung, dass diesbezügliche Gesetze und Politiken demnächst einige grundsätzliche Änderungen erfahren. Der Monopolstatus der staatlichen Gewerkschaften wird davon allerdings nicht berührt werden.

Im Bereich der Frauenrechte wird der VR China insbesondere im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern in der Regel ein hohes Maß an Geschlechtergerechtigkeit zugesprochen. Neuere Untersuchungen legen jedoch nahe, dass Frauen zu den Hauptleidtragenden der durch die gegenwärtige Transformation auftretenden sozialen Verwerfungen gehören⁷. Nach Einschätzung der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) sind Frauen in einem Drittel der 270 Mio. Haushalte Opfer von häuslicher Gewalt⁸. Während die tatsächliche Höhe dieser Zahl umstritten ist, wird die enorme Zunahme in den letzten Jahren allgemein bestätigt. Häusliche Gewalt in ländlichen Gebieten war schon immer ein Problem und scheint jetzt aufgrund der relativen Verarmung zuzunehmen. Auch Frauen in städtischen Haushalten werden zunehmend Opfer von Gewalt. Darüber hinaus besteht nach wie vor eine deutliche Einkommensdisparität zwischen Männern und Frauen. Die Geschlechterproblematik wurde deshalb auf der NVK - Sitzung im März 2005 zumindest thematisiert⁹. Einen Fortschritt in diesem Bereich stellt sicherlich das neue Gesetz gegen sexuelle Belästigung dar, dessen Entwurf dem NVK im Juni 2005 vorgelegt wurde. Eine weitere Studie der CASS hatte ergeben, dass nahezu 40 Prozent der für private Unternehmen arbeitenden Frauen unter sexueller Belästigung leiden¹⁰.

Insgesamt lässt sich ein deutlicher Wille zur Verbesserung der sozialen Situation erkennen. Allerdings fehlt es neben schlüssigen Lösungskonzepten vor allem an der Implementierung entsprechender Politiken.

2.2.2. Demokratie und Zivilgesellschaft

Festland

Die obigen Ausführungen spiegeln eine gewisse Ohnmacht der Regierung wieder, angemessen auf gesellschaftliche Prozesse und neuartige Probleme zu reagieren. Darauf mag es zurückzuführen sein, dass man offensichtlich die Notwendigkeit erkannt hat, mehr zivilgesellschaftliche Beteiligung zuzulassen. Ansätze zu mehr Pluralismus sind bislang lokal und auf parteiinterne Fragen beschränkt. Dazu gehören die Wahlen auf der Ebene der Lokalverwaltung sowie innerparteiliche Kontrollmechanismen bis hin zu Diskussionen um innerparteiliche Demokratie und Gewaltenteilung. Vereinzelt können Versuchsprojekte durchgesetzt werden, die darauf abzielen, mehr Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung auch auf anderen Ebenen einzuführen.

In den letzten Jahren wurde ein wachsender Einfluss von Intellektuellen auf die Regierung spürbar, bei der Komplexität von Entwicklungsproblemen und einer gleichzeitig zunehmenden Diversifizierung der Gesellschaft ist die Regierung auf größere externe Expertise angewiesen. Diesem allgemeinen Trend läuft allerdings die derzeitige Repression von unabhängigen Intellektuellen zuwider (2.1. / Interessanterweise sind Kunst und Kultur von dieser Entwicklung nicht betrof-

fen, eher hat es in letzter Zeit den Anschein, als ob man in dieser Hinsicht eine Trennung zwischen Kunst und Politik hergestellt hätte.). Bei der Behandlung von Nichtregierungsorganisationen bemüht man sich nach wie vor, einerseits zwar den freien Geldfluss nicht aufzuhalten, andererseits aber keine Organisationen zuzulassen, die unabhängig vorgehen und politischen Druck entwickeln könnten. Die Erfahrung mit den neuen Stiftungsrichtlinien bestätigt diesen Eindruck (2.3.2.).

Offenbar ist man sich allgemein darüber einig, dass das langfristige Ziel der Bemühungen eine Form von Demokratie sein soll. Es wäre allerdings naiv zu glauben, dass die angestrebte Form einer westlichen Demokratie auch nur ungefähr entspricht. Realistischer scheint eine autoritäre bzw. paternalistische Demokratie nach dem Vorbild anderer asiatischer Staaten wie Singapur oder Südkorea. Denn es geht der chinesischen Seite in erster Linie um Effizienz und Kontrolle des Regierungshandelns. Am Beispiel ständig verwendeter Begriffe wie Zivilgesellschaft und Good Governance lassen sich die Strömungen innerhalb des innerchinesischen Diskurses gut beschreiben. Während auf der einen Seite gefordert wird, diese Theoreme gemäß ihrer ursprünglichen Definition zu verwenden, soll Zivilgesellschaft nach anderer Lesart genauso gut auch ohne partizipatorische Rechte entstehen können und Good Governance bloß effizientes Regierungshandeln bedeuten. Derartige Modifikationen westlicher Konzepte werden meist mit Chinas besonderer Situation oder Kultur gerechtfertigt und sind zu einem großen Teil Ausdruck des absoluten Herrschaftsanspruchs der Partei. Mitunter entsteht sogar der Eindruck, dass vor dem Hintergrund der durch den WTO-Beitritt neu entstandenen Reformphase mit ihren sozialen Brechungen demokratische Elemente bei der Erreichung von nachhaltiger wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität als hilfreich und sogar als unumgänglich eingeschätzt werden.

Die chinesische Gesellschaft ist insgesamt freier und offener denn je zuvor in ihrer Geschichte; sogar der Schutz der Privatsphäre soll demnächst gesetzlich festgeschrieben werden. Bei der Gratwanderung zwischen der Gestattung persönlicher und politischer Rechte kann man auch in Zukunft Pragmatismus erwarten, der sich an den Zielen und Erfordernissen der gegenwärtigen Reformperiode orientiert. Die grundsätzlichen Ziele der Reform- und Öffnungspolitik bestehen nach wie vor in wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Stabilität.

Hongkong

Bei den Parlamentswahlen in Hongkong im September 2004 erlangten die demokratischen Kräfte trotz massiver Propaganda und Einschüchterung aus Peking Zugewinne. Ein Beispiel für letzteres war die Affäre um den demokratischen Kandidaten He Weituo¹¹. Es wurde als Überraschung gewertet, dass die ansonsten eher als materiell orientiert geltenden Hongkonger wiederholt für ihre Bürgerrechte auf die Straße gingen. Auch bewirkte ihre Unzufriedenheit gegenüber Tung Chee-Hwa letztlich dessen Abberufung. Ende Juni 2005 kam es zur Vereidigung von Donald Tsang als neuem Regierungschef der Sonderverwaltungszone. Tsang genießt das Vertrauen sowohl der Pekinger Führung, als auch der Hongkonger Bevölkerung. Bei seinem Regierungsantritt kündigte er vor allem Bemühungen um ein größeres Wirtschaftswachstum und soziale Belange an. Er wird zunächst nur die anderthalb Jahre der ursprünglich Tung verbliebenen Amtszeit regieren. Damit behält sich die Pekinger Führung die Möglichkeit eines baldigen Wechsels vor, weshalb man auch innerhalb dieser Zeit nicht unbedingt mit Bekenntnissen Tsangs zu mehr Demokratie rechnen kann.

2.2.3 Umweltpolitik und Stadtentwicklung

Die ökologische Situation in China nimmt aufgrund der ungehemmten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen immer bedrohlichere Ausmaße an: 38% des gesamten Bodens ist von Erosion betroffen und etwa 30% bereits verwüstet. In den chinesischen Städten herrscht ein hoher Grad an Luftverschmutzung. 16 der 20 meistverschmutzten Städte weltweit liegen in China, Kfz-Boom und Verkehrschaos tun ein Übriges. Nur noch 16,5% der gesamten Fläche Chinas ist bewaldet und die Zerstörung schreitet fort. Mehr als 70% aller Gewässer gelten als ernsthaft ver-

schmutzt, und auch 2004 / 2005 sind erhebliche Engpässe in der nationalen Wasserversorgung offensichtlich geworden¹². Engpässe entstanden auch bei der Energieversorgung, die nach wie vor auf fossilen Trägern basiert. Die Effizienz beim Gebrauch von erneuerbaren Energien ist hingegen äußerst gering, trotz der Absicht, bis zum Jahre 2020 10% des Energiebedarfs durch erneuerbare Träger zu decken. Gegenwärtig werden nicht einmal 1% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bezogen. Ein spezielles Problem ist das der Urbanisierung. Fast 40% der Bevölkerung leben nach neuesten Zahlen mittlerweile in den Städten, und die damit einhergehenden Probleme können schon jetzt vielerorts nicht mehr richtig, geschweige denn nachhaltig, bewältigt werden.

Im Bereich der Umweltpolitik sind zwar einige Fortschritte zu verzeichnen, als Durchschnittstrend muss jedoch nach wie vor eine bedrohlich zunehmende Verschlechterung der gesamten Umweltsituation festgestellt werden. Dies liegt einerseits an der fortschreitenden Industrialisierung und immer neuen Schadstoffen, bei deren Bewältigung die Umweltbehörden immer „einen Schritt hinterher“ sind. Von grundsätzlicher Bedeutung ist aber vor allem, dass die Implementierung der mittlerweile recht umfassenden Vorschriften des nationalen und lokalen Umweltrechts fast völlig scheitert. Als ursächlich kann zum einen eine ineffiziente Kombination aus Anreizen und Strafen für die Unternehmen und Provinzregierungen identifiziert werden. Weiterhin sind auch in diesem Bereich die dem politischen und administrativen System immanenten Defizite hinderlich. Denn die Umweltbehörden verfügen selbst bei vorhandenem Interesse über zu wenig Macht, um eine tatsächliche Kontrollfunktion ausüben zu können. Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren fehlt es neben einer landesweiten Vernetzung untereinander ebenso an Autorität und Autonomie. In der Mehrzahl aller Fälle ordnen sich die zuständigen Kontrollorgane den gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der lokalen Unternehmen und Provinzregierungen unter. Trotz allem brachte insbesondere das Jahr 2005 viele hoffnungsvolle Ausnahmen. Dazu gehört die Verhängung von Auflagen für einige chinesische Kraftwerke durch die Umweltbehörde SEPA Anfang 2005¹³. Weiterhin konnten Umweltaktivisten einen Dammbau in der Provinz Yunnan aufhalten. Ebenfalls in Yunnan konnten Rechtsansprüche einer (wohlgemerkt ausländischen) Holzgesellschaft gegenüber Boykottaufrufen abgewehrt werden¹⁴. Oftmals sind es das erhöhte Problembewusstsein und die Klagen der Bevölkerung, welche zur Implementierung von Umweltrecht führen. So melden sich beispielsweise Anwohner und Betroffene verstärkt bei den Medien, so dass auch die lokalen Behörden zum Tätigwerden gezwungen werden. Die Verabschiedung des Gesetzes für Erneuerbare Energien (EEG) ist ein weiterer Fortschritt im Umweltbereich. Das Gesetz stellt bislang nur einen allgemeinen Rahmen dar, genaueres zu Feed-In Tarifen wird ab September 2005 erwartet¹⁵. Zu begrüßen ist auch die Ankündigung, in Zukunft ein sog. Grünes Bruttoinlandsprodukt (Green GDP) in die Berechnungen zum BIP mit einzubeziehen. Anlass sind verschiedene Schätzungen, nach denen das gesamtwirtschaftliche Wachstum bei Einbeziehung ökologischer Schäden deutlich vermindert wird¹⁶. Bislang eine gute Absicht, wird in Zukunft viel davon abhängen, nach welchen Kriterien die Berechnungen erfolgen.

2.3. Recht und Verwaltung

2.3.1 Justiz- und Verwaltungsreform

Der Arbeitsbericht der Regierung von 2004 („Wer Macht hat, muss auch Verantwortung haben“) wird mitunter als die Einläutung einer tief greifenden Reformierung des Regierungs- und Verwaltungssystems verstanden. Denn es geht neben einer vorgesehenen Reglementierung von Regierungsmacht offenbar auch um eine Veränderung von Regierungsfunktionen¹⁷. Letzteres jedoch nicht im Sinne einer systemischen Veränderung, sondern im Sinne einer Optimierung¹⁸. So wurde in den letzten Jahren mit einer Neuordnung der dem Staatsrat untergeordneten Institutionen begonnen. Im Zuge dessen sind u.a. ein neues Handelsministerium entstanden, die staatliche Reform- und Entwicklungskommission und eine Kommission zur

Bankenaufsicht. Bemerkenswert ist außerdem eine Bedeutungszunahme des NVK sowie dessen Aufsichtsarbeit. Langfristig soll die Regierungseffizienz gesteigert werden und der Maximal- soll zum Minimalstaat werden, der primär die Makrostrukturen steuert, Mikroprozesse aber künftig stärker der Gesellschaft überlässt¹⁹. Größere Mitwirkung der Bevölkerung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Kontrollprozessen sowie mehr Transparenz und Kontrolle sind gewünscht, um den Staat von seiner Aufgabenvielfalt zu entlasten und Korruption und andere gesellschaftliche Phänomene einzudämmen. Kurz gesagt, es wird offenbar ein Übergang zu einer bürgernahen Verwaltung angestrebt. Die Ernsthaftigkeit der Bemühungen wird durch die offenkundige Erlaubnis erstaunlich kritischer Stimmen in der Presse unterstrichen²⁰.

Die Verwaltungsreformen der vergangenen Jahre bezogen sich bislang lediglich auf folgende Punkte:

- Das Einstellungsverfahren von Beamten (ab 2004 haben sich Bewerber für Partei- und Regierungsfunktionen einer einheitlichen mündlichen sowie schriftlichen Prüfung zu unterziehen).
- Die Verlagerung von Aufgaben, die das Leben der Bevölkerung am unmittelbarsten betreffen, in die Wohnviertel hinein (soziale Wohlfahrt, öffentliche Sicherheit, Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen etc.).
- Die Einführung der Wahl von Funktionsträgern auf den untersten Ebenen (Dörfer, Wohnviertel).
- Größere Transparenz durch E-Government und bürgernähere Ämter sowie die Etablierung eines Aus- und Fortbildungssystems für öffentlich Bedienstete²¹.

Weiterhin wird an einer umfassenden Justizreform gearbeitet, die sowohl zu einer größeren Unabhängigkeit der Justiz im Allgemeinen, als auch zu einer Gleichbehandlung und Unbestechlichkeit der landesweiten Justizorgane im Besonderen führen soll. Eine Neuerung des Jahres 2005 ist die Tatsache, dass Todesurteile künftig vom Obersten Volksgericht bestätigt werden müssen.

Insgesamt stellt der Aufbau des Rechtssystems eine Schlüsselaufgabe der derzeitigen Reformperiode dar und soll bis 2010 beendet worden sein. Das Ziel der Bemühungen ist keineswegs die vielfach beschworene „Rule of Law“, sondern vielmehr eine durch Gesetze geordnete Regierung. Von einem Rechtsstaat westlicher Prägung wird die VR China dabei auch in nächster Zukunft weit entfernt bleiben. Denn das gesamte Rechtssystem leidet in Kernbereichen weiterhin unter der politischen Ausgangslage, die keine unabhängigen Instanzen oder effektive Macht- und Organkontrollen gestattet.

2.3.2. Gesetzgebung

In der Bemühung einer Angleichung des chinesischen Rechtssystems an die WTO-Regeln sind bereits im Frühjahr 2004 ein neues Außenhandelsrecht und ein neues Investitionsrecht in Kraft getreten. Diese haben sich bewährt und die Umstellung scheint sich normalisiert zu haben²². Ein großes Problem bereitet nach wie vor der Schutz von geistigem Eigentum. Hier ist eine Verschärfung des Strafrechts bei IPR (Intellectual Property Rights) -Verletzungen vorgesehen²³.

Weiterhin soll die Tätigkeit von chinesischen und ausländischen Stiftungen auf eine legale Basis gestellt werden. Allerdings führen die mit den neuen Stiftungsrichtlinien verbundenen Auflagen dazu, dass die Aktivitäten der in- und ausländischen Stiftungen in Zukunft weit stärker als bisher der staatlichen Kontrolle unterliegen²⁴. Als Zeichen größerer politischer Öffnung ist diese Veränderung daher nicht zu werten. Eine Revision der grundlegenden Richtlinien für Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist schon seit längerem vorgesehen und wird von zahlreichen internationalen (Geber-) Organisationen unterstützt.

Auch das Arbeits- und Gewerkschaftsrecht wird revidiert und soll in Zukunft in stärkerem Maße den Schutz von Arbeitnehmerrechten widerspiegeln (2.2.1.). Eine wichtige Neuerung des Jahres 2005 ist weiterhin das Gesetz zu Erneuerbaren Energien (2.2.3.).

Für 2005 ist außerdem das Sachenrecht als Teil des neuen Zivilgesetzbuches zur Verabschiedung vorgesehen (Die Offenlegung des bereits bestehenden Entwurfs hat zu Forderungen nach einer allgemeinen Offenlegung und Bürgerbeteiligung hin-

sichtlich der chinesischen Gesetzgebung geführt²⁵). Weiterhin wird an einem neuen Antimonopolgesetz gearbeitet, außerdem ist eine Revision des geltenden Systems der Bestrafung durch körperliche Arbeit (Laogai) vorgesehen²⁶.

2.4. Wirtschaft

2.4.1. Allgemeine Lage

Die chinesische Volkswirtschaft wies auch 2004/2005 ungebremst hohe Wachstumsraten um 9% auf. Zur Vermeidung einer Überhitzung wurden, bislang erfolglos, bereits im zweiten Halbjahr 2004 die Kreditvergabekriterien gestrafft. Ende Juli 2005 kam es zum ersten Mal seit 10 Jahren zu einer Aufwertung des Renminbi (RMB). Mangelnde ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, ein bedenklich steigendes Haushaltsdefizit und strukturelle Defizite insbesondere im Banken- und Finanzsektor stellen indessen erhebliche Entwicklungsrisiken dar und erfordern eine gewisse Umorientierung.

Anzeichen hierfür sind bereits zu erkennen. In nie da gewesener Offenheit prangert beispielsweise der Generalbuchhalter Li Jinhua Missmanagement und Korruption in den verschiedenen Ministerien an und versucht, Ordnung in das Chaos der chinesischen Staatsfinanzen zu bringen²⁷. Mittlerweile werden verdächtige Transaktionen offen gelegt²⁸. Auch die Absicht, in Zukunft ein sog. Grünes Bruttoinlandsprodukt (BIP / Green GDP) und das Bruttosozialprodukt in die Berechnungen zum traditionellen BIP mit einzubeziehen, beweist ein grundsätzliches Umdenken. Untersuchungen haben ergeben, dass der soziale und ökonomische Nutzen des Wachstums bei Zugrundelegung der ökologischen Schäden je nach Berechnungskriterien fast schon eine Negativbilanz aufweist (2.2.3). Der Umweltschutz ist mittlerweile zu einem Hauptanliegen der Bevölkerung geworden und die staatliche Umweltpolitik verfolgt ehrgeizige Ziele (2.2.3.). Außerdem geht man davon aus, dass ein Großteil des BIP von ausländischen Firmen erwirtschaftet oder von staatlichen Investitionen generiert wird. Auch sind die Wachstumsmuster bislang zu grob und die ökonomische Struktur erscheint teilweise irrational. Gegenwärtig wird an einer Preis- und Steuerreform gearbeitet, auch der 11. Fünfjahresplan sowie das Langzeitprogramm bis 2020 befinden sich in Arbeit²⁹. Eine grundsätzliche Herausforderung besteht nach wie vor in der Umwandlung der ehemaligen Kommandowirtschaft in eine regulatorische Regierungsform. Hier tut sich die Regierung offensichtlich schwer, Kompetenzen abzugeben. Gradmesser für den Erfolg dieser Umwandlung könnte der groß angelegte Börsengang der Bank of China Anfang 2006 werden.

2.4.2. WTO und Welthandel

Die VR China hat bislang von ihrem Beitritt zur WTO profitiert und integriert sich immer mehr in die Weltmärkte. Dennoch müssen die durch den baldigen Wegfall der Übergangsregelungen notwendigen Strukturreformen weiter vorangetrieben werden, um internationale Konkurrenzfähigkeit auch ohne staatliche Unterstützung zu gewährleisten. Die Umsetzung der WTO-Vereinbarungen wird zwar auf zentraler Ebene ernst genommen, erreicht aber in vielen Fällen nicht die Provinzebene. Besonders problematisch sind nach wie vor der Schutz gewerblicher Schutzrechte und die Vollstreckung von Schiedssprüchen und Gerichtsurteilen. Die EU stellte 2004/2005 den Haupthandelspartner und erstmals auch den Hauptexportmarkt der VR China dar. Der bilaterale Handel zwischen Deutschland und China verzeichnete hohe Zuwachsraten, wobei sich das deutsche Handelsbilanzdefizit weiter verfestigte. 2005 kam es zu einem Streit um die Textilimportquoten mit der EU und den USA. Insgesamt wird ein Anwachsen von Handelsstreitigkeiten verzeichnet. Insgesamt kann man einen stetigen Zuwachs chinesischer Marktanteile auf dem Weltmarkt bemerken, der sich negativ insbesondere auf die wirtschaftliche Situation innerhalb anderer exportorientierter Entwicklungsländer auswirkt. Betroffen sind gegenwärtig besonders die Industrien Südostasiens und Lateinamerikas.

Die neue Rolle Chinas macht sich jedoch auch durch einen Rückfluss von Investitionstätigkeit in Industrieländer bemerkbar: Im Frühjahr 2005 übernahm der chi-

nesische Computerhersteller Lenovo die PC-Sparte von IBM und im Juni 2005 hatte CNOCC für den Konzern Unocal 18 Mrd. Euro geboten. In England entschied sich ein chinesisches Unternehmen im Juli 2005 zum Kauf des Autobauers Rover und auch in Deutschland werden immer mehr Übernahmen durch und Niederlassungen von chinesischen Firmen verzeichnet³⁰. Insbesondere die US-amerikanische Öffentlichkeit reagiert darauf bisweilen mit Panik, und den chinesischen Unternehmen wird unfairen Wettbewerb vorgeworfen, da sie staatlich finanziert oder gefördert werden.

2.4.3. Globalisierung und Lateinamerikastrategie

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren die Reisen Hu Jintaos und des Vizepräsidenten Zeng Qinghong nach Lateinamerika zum Jahreswechsel 2004 / 2005. In diesem Zeitraum allein bot die VR China mehr als 50 Mrd. Euro an Investitionen und Krediten für Länder Lateinamerikas einschließlich Kuba. Insgesamt sind bis 2010 chinesische Investitionen in Höhe von 100 Mrd. Euro geplant. Damit hat die VR China nicht nur den US-amerikanischen Konsumgütermarkt für sich gewonnen, sondern beginnt mit Lateinamerika auch eine Region für sich einzunehmen, die ursprünglich von den USA dominiert war.

Die Implikationen der chinesischen Lateinamerikastrategie sind vielfältig. Zunächst einmal hat China sehr sorgfältig in die Gewinnung von strategisch wichtigen Energie- und Rohstoffquellen sowie Absatzmärkten und politische Allianzen investiert. Gleichzeitig trägt sie zu einem Prestigeverlust der USA in ihrem eigenen „Hinterhof“ bei. Die offene Brückierung der USA durch Allianzen mit Castro und Chavez kann sich die VR China hierbei offenbar leisten.

Im Ergebnis präsentiert sich die VR China als einer der Hauptakteure im Zeitalter der Globalisierung, der Kräfte sammelt und strategisch geschickt agiert. Europäer hingegen assoziieren nach den Worten von EU-Handelskommissar Peter Mandelson Globalisierung und den Verlust von Arbeitsplatz und Sicherheit zunehmend mit dem Aufstieg Chinas³¹. Damit ist China zu einem Symbol der Globalisierung geworden und man kann annehmen, dass es ihr Gesicht entsprechend prägen wird.

2.5. Außenpolitik

2.5.1. Taiwan

Die chinesische Außenpolitik war im Berichtszeitraum dominiert von der Taiwanfrage. Der NVK verabschiedete auf seiner Sitzung im März 2005 ein Antisezessionsgesetz, das international großes Aufsehen erregte. In dem Gesetz ist vorgehen, Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans notfalls „mit nicht-friedlichen Mitteln“ zu verhindern. Obwohl diese Aussage und das Gesetz insgesamt inhaltlich keine Veränderung in der festlandschinesischen Taiwanpolitik darstellt, erregten deren bedrohliche Elemente die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Auch die EU konnte sich unter diesen Umständen nicht mehr ernsthaft gegen den Druck Washingtons zur Beibehaltung ihres Waffenembargos gegen China stellen.

Nach der Verabschiedung des Antisezessionsgesetzes ist die volksrepublikanische Taiwanpolitik zwar nicht unbedingt aggressiver geworden, jedoch bemüht man sich, die allgemeine Aufmerksamkeit zu eigenen Gunsten auszunutzen. Erfolge hierbei konnte man mit den Besuchen der Vorsitzenden der beiden größten taiwanesischen Oppositionsparteien, Chien und Soong, im Frühjahr 2005 verbuchen. Beide waren übermäßig sorgsam auf die richtigen Formulierungen bedacht und äußerten sich tendenziell sezessionistisch. Allerdings haben ihre Reisen einige Empörung auf Taiwan ausgelöst und den beiden Oppositionspolitikern zu Hause bislang nur Sitzverluste bei den darauf folgenden Wahlen eingebracht.

Insgesamt erweckt die festlandschinesische Taiwanpolitik den Anschein von einem Vorgehen mit Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits möchte man die taiwanesischen Investoren nicht verängstigen, andererseits sendet man in regelmäßigen Abständen deutliche Zeichen, die keinen Zweifel daran übrig lassen, wer in dieser Frage am längeren Hebel sitzt.

2.5.2. Japan

Im April 2005 kam es in einigen chinesischen Großstädten zu antijapanischen Protesten. Anlass war das Anliegen Japans, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden. Die chinesische Regierung hatte ihre Ablehnung dieses Anliegens mit der mangelnden Anerkennung der japanischen Kriegsvergangenheit durch die japanische Regierung begründet. Als Beispiele dafür wurden die jährlichen Besuche des japanischen Premiers Junichiro Koizumi am Yasukuni Schrein und ein umstrittenes Geschichtslehrbuch angeführt. Daraufhin kam es zu den genannten Protestkundgebungen, bei denen die chinesische Polizei zuletzt auch Plünderungen japanischer Geschäfte tatenlos zusah.

In Japan kam es in Folge der Ereignisse zu antichinesischen Protesten. Im Übrigen haben die USA Ende 2004 in Antizipierung des Antisezessionsgesetzes eine Art Verteidigungspakt mit Japan geschlossen. Dessen Verteidigungshaushalt nimmt erst seit einigen Jahren weltweit Platz zwei hinter den USA ein.

2.5.3. Nordkorea

Die VR China hatte 2003 zum ersten Mal ihre eher passive außenpolitische Rolle verlassen und sich als ehrlicher Makler im Atomkonflikt mit Nordkorea angeboten. Dabei bemühte sie sich, als verantwortungsbewusstes Mitglied der Staatengemeinschaft aufzutreten, das Konflikte gemeinsam abgestimmt und in Dialogform zu lösen bevorzugt. Nachdem 2003 gleichzeitig den Beginn des Irakkrieges markierte, drängte sich hier im Gegensatz zum Verhalten der USA ein positiver Eindruck unmittelbar auf. Ihr erheblicher Einfluss auf den koreanischen Bruderstaat machte die VR China sogleich zu einer Schlüsselfigur in den Verhandlungen.

2.5.4. USA

Die USA stellen nach wie vor den größten Orientierungs- und Gegenpol der chinesischen Außenpolitik dar. Ebenso wird China in Washington als die einzige Großmacht wahrgenommen, die den US-amerikanischen Vormachtanspruch mittel- und langfristig gefährden könnte. Verstärkt bemüht man sich, bröckelnde Allianzen im asiatischen Raum zu erneuern. In der zweiten Amtszeit von George Bush jr. nahm die offizielle Haltung der Regierung gegenüber China konziliantere Töne an, auch was die Taiwanfrage angeht.

Nach Verabschiedung des Antisezessionsgesetzes (2.3.1.) und der zeitgleichen Nachricht steigender chinesischer Militärausgaben schienen jedoch auch im Pentagon Bedrohungsszenarien Überhand zu nehmen. Als extremes Beispiel sei hier ein hochrangiger Offizier zitiert: "We may be seeing in China the first true fascist society on the model of Nazi Germany, where you have this incredible resource base in a commercialeconomy with strong nationalism, which the military was able to reach into and ramp up incredible production"³². Zahlreiche Lobbyisten nahmen außerdem das stetig steigende US-Außenhandelsdefizit zum Anlass, ihnen nahe stehende Senatoren zu einem verstärkten „China Bashing“ und entsprechenden Schutzmaßnahmen zu bewegen (2.4.). Insgesamt sieht es so aus, als ob die VR China in den Augen Washingtons einen stetigen Bedeutungsgewinn verzeichnen kann. Dies könnte nicht zuletzt auch aus eigenem Interesse eine allmähliche Abwendung vom amerikanischen Unilateralismus zur Folge haben, wie auch das neue Interesse an einem guten Verhältnis zum alten Europa beweist.

2.5.5. EU und Deutschland

Die EU feierte 2005 das 30-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen mit der VRC. Die gemeinsamen Beziehungen entwickeln sich im Großen und Ganzen harmlos. Insbesondere Frankreich und Deutschland scheinen ganz offensichtlich sehr daran interessiert zu sein, die europäisch-chinesische Partnerschaft zu

einem neuen Gegengewicht gegenüber den USA auszubauen. Dabei gibt es allerdings einige offene Fragen:

Zunächst einmal existiert noch keine kohärente Chinapolitik der EU und die einzelnen Mitgliedsstaaten haben teilweise konkurrierende wirtschaftliche Interessen sowie unterschiedliche Standpunkte in so wesentlichen Fragen wie etwa denen der Menschenrechte. Letzteres wirkt sich insbesondere auch auf die europäische Taiwanpolitik aus, wie der innereuropäische Konflikt um die Aufhebung des Waffenembargos im Frühjahr 2005 gezeigt hat. Während Frankreich und Deutschland eine Aufhebung fordern, sind die meisten anderen Mitgliedsstaaten dagegen. Auf der anderen Seite lässt auch die chinesische Europapolitik Raum zur Interpretation. Man geht davon aus, dass die EU in der Vergangenheit als ein Gegengewicht zur UdSSR gesehen wurde, und heute als Gegengewicht zu den USA.

Insgesamt sind die Beziehungen zur EU von vielen Gemeinsamkeiten und strategischen Chancen getragen.

2.5.6. VN-Reform

Die chinesische Regierung hat am 8. Juni 2005 erstmals offiziell und detailliert zur VN-Reform Stellung genommen³³. In der Stellungnahme wird als zentrales Reformziel die Stärkung der Führungsrolle der VN formuliert, u.a. um nicht dem Unilateralismus der USA zu erliegen. Weiterhin wird eine Neufestlegung von Prioritäten zugunsten der Entwicklungsländer gefordert. Für diese stellen Armut, Bürgerkriege, Krankheiten, Umweltzerstörung und Aberkennung von Rechten zentrale Bedrohungen noch vor internationalem Terrorismus und Massenvernichtungswaffen dar.

Insgesamt ist die VRC als eine der fünf Vetomächte im Sicherheitsrat zwar an einer Steigerung der Effizienz der VN interessiert, nicht aber an einer grundlegenden Änderung der Macht- und Entscheidungsstrukturen.

3. Ausblick

Die chinesische Reform- und Öffnungspolitik kann ohne Zweifel als erfolgreich bezeichnet werden. Probleme wie Umweltzerstörung, Verteilungsungerechtigkeit und Korruption stellen dabei als entwicklungsbedingte Nebeneffekte keine Ausnahmeerscheinung dar und wurden bewusst in Kauf genommen. Die Gründe für den Erfolg der Reformpolitik sind vielfältig. Was die politische Makrosteuerung angeht, so ist sicherlich nicht zuletzt der wissenschaftlich-pragmatische Ansatz mit einem hohen Maß an Lernbereitschaft und Flexibilität ausschlaggebend. Die Bemühungen zum Erfolg werden aus einem gemeinsamen Interesse heraus von der chinesischen Gemeinschaft im In- und Ausland getragen und von den Industriestaaten gefördert. Insofern gibt es berechtigten Anlass zur Hoffnung, dass auch die Zukunftsaufgaben entsprechend pragmatisch gehandhabt werden. Der gemeinsame Nenner ist und bleibt Wachstum und Prosperität. Gleichzeitig ist sich die politische Führung der wechselseitigen Abhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Stabilität bewusst.

Der Kern des politischen Systems, bestehend in der Einparteienherrschaft der KP, wird von der Reform und Öffnungspolitik zwar nicht unmittelbar berührt, aber doch soweit in Frage gestellt, dass Reformen auch in diesem Bereich aus veränderten Bedürfnissen heraus langfristig unvermeidbar erscheinen.

In der Bevölkerung besteht zwar eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der politischen Führung, aber Wachstum und Nationalstolz ermöglichen eine gewisse Vereinbarung auf gemeinsame Werte und Interessen. Darüber hinaus mangelt es an politischen Alternativen und vor allem an profunder Kenntnis über solche.

Selbstverständlich kennt jeder Chinese den Begriff Demokratie, nicht aber das dazugehörige Konzept im ursprünglichen Sinne. Jedenfalls erscheint sowohl eine baldige Desintegration, als auch der Zusammenbruch des politischen Systems vor diesem Hintergrund als eher unwahrscheinlich.

Insgesamt kann man feststellen, dass sich die VR China in gewisser Weise „normalisiert“. Mittlerweile sind es vor allem global auftretende Probleme wie Ar-

beitslosigkeit, Alterung der Gesellschaft, Energieknappheit, Umweltzerstörung, etc., die die chinesische Entwicklung prägen, und nicht mehr spezifisch chinesische Probleme wie etwa die ideologische Ausrichtung.

Klaus Beck,
Juli 2005

¹ „Text of CPC Central Committee Decision on Enhancing Ability to Govern“ Xinhua News Agency, September 26, 2004, trans-FBIS CCP-2004-0926.000042.

²<http://www.peacecall.com/news/gb/china/2004/12/200412150317.shtml>. Seit Mai 2005 besteht zudem eine Registrierungspflicht für sämtliche chinesische Websites und mit erheblichem finanziellem Aufwand werden regelmäßig neue Filtermethoden für das chinesische Internet installiert.

³Vgl. www.gwu.edu/~econ270/Taejoon.html.

⁴ Vgl. Sozioökonomischer Entwicklungsplan unter http://english.people.com.cn/200503/15/print20050315_176927.html.

⁵ Vgl. http://chinadigitaltimes.net/2005/06/china_daily_six.php.

⁶ Wang Dingding in *Caijing* 2005, Nr. 135, S.124.

⁷ http://www.womensedge.org/pages/referencematerials/reference_material.jsp?id=211.

⁸ <http://www.umwaelzung.de/aarchiv/aaktuell4300.html>.

⁹ <http://www.china.org.cn/german/26465.htm>-

¹⁰ <http://www.china.org.cn/german/181193.htm>.

¹¹ <http://www.china-in-the-news.de/2005/02/die-etwas-andere-form-der.html>.

¹² Ausführlich: http://www.deutschebotschaft-china.org/de/wirtschaft/info_zahlen/umwelt.htm.

¹³ <http://www.china.org.cn/english/2005/Jan/118289.htm>.

¹⁴ <http://www.atimes.com/atimes/China/GG30ad01.html>

¹⁵ Ausführlich zum EEG Markus Hippe in *ZChinR* 2/2005, S.110.

¹⁶ Vgl. <http://www.truthout.org/cgi-bin/artman/exec/view.cgi/34/9357>.

¹⁷ Mai Wei in *Caijing* 2005, Nr. 126, S. 56 ff.

¹⁸ <http://www.china-embassy.ch/ger/4/t187305.htm>

¹⁹ <http://www.oapol.uni-duisburg-essen.de/d/forsch.htm>

²⁰ Li Weidong in *Caijing* 2005, Nr. 136, S. 106: "Offen gesagt, muss sich die Regierung im jetzigen System um alles kümmern. Aber tatsächlich ist es sehr schwierig, dabei alles richtig zu machen. Denn einer Diktatur müssen bei der Regelung von tausend Angelegenheiten einige entgehen...Wenn in der öffentlichen Diskussion nur die Verantwortung einzelner Beamter diskutiert wird, und nicht das dahinter stehende System, wird dies zu einem allgemeinen Rechtfertigungsschema für ein unverhältnismäßiges Verwaltungssystem führen."

²¹ <http://www.oapol.uni-duisburg-essen.de/d/forsch.htm>

²² Vgl. *China Contact* 7 / 2005, S. 19 ff.

²³ Vgl. [http://www.bjreview.com.cn/05-04-e/Nation-2005-4\(c\).htm](http://www.bjreview.com.cn/05-04-e/Nation-2005-4(c).htm).

²⁴ Tina Quan und Nick Young in *China Development Brief*, Newsletter May 2005, S.6.

²⁵ Duan Hongqing in *Caijing* Nr. 138, S.100 f.

²⁶ Vgl. Übersicht bei Mai Wei in *Caijing* 2005, Nr. 126, S. 56 ff.

²⁷ *Economist*, July 9th-15th 2005, S.22.

²⁸ Wu Xiaoliang, Ling Huawei, Lin Qing in *Caijing* 2005, Nr. 137, S.32 ff.

²⁹ Sozioökonomischer Entwicklungsplan unter http://english.people.com.cn/200503/15/print20050315_176927.html.

³⁰ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1627951,00.html>

³¹ *Economist*, July 2nd-8th 2005, S.48.

³² <http://washingtontimes.com/specialreport/20050626-122138-1088r.htm>.

³³ http://www2.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-06/08/content_449696.htm